

Bedrohte Werte in der direkten Demokratie?

Unsere Gesellschaft ist pluralistischer geworden. Führt das zu mehr Konflikten? Verlieren unsere Werte im Zuge der Globalisierung an Bedeutung? Diese Fragen diskutieren Experten in der aktuellen Veranstaltungsreihe des Forums für Universität und Gesellschaft (FUG).

Heutige Gesellschaften sind geprägt von kultureller und religiöser Vielfalt. Die These, dass dies zu mehr Konflikten führt, stellte Friedrich Wilhelm Graf, Theologie-Professor an der Universität München, gleich zu Beginn der gut besuchten ersten Veranstaltung «Bedrohte Werte? Europa und der Nahe Osten unter Globalisierungsdruck» des Forums für Universität und Gesellschaft (FUG) auf. Für alt SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr zeigten dagegen die Weltreligionen, die dem Anderen keinen Platz geben, dass auch fehlende Vielfalt Auslöser von Auseinandersetzungen sein kann. «Pluralismus ist eine Voraussetzung für Demokratie», sagte Wolf Linder, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern, «das bedeutet, dass ich anerkenne, dass es keine absoluten Wahrheiten gibt, die für alle gelten.»

Kritik an der Justiz

Dass sich diese Vielfalt nicht von selbst reguliert, sondern gemeinsamer Regeln des Zusammenlebens bedarf, darüber waren sich die Podiums-Teilnehmenden einig. So verwies der Zürcher Rechtsprofessor Andreas Kley auf die Bedeutung übergeordneter juristischer Institutionen wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg. Dort komme es wie bei jedem Gericht zu Fehlurteilen – die Diskussion um Kreuzfixe

in Schulzimmern sei nur ein Beispiel. «Man darf aber aufgrund einzelner Fehlurteile nicht die ganze Institution in Frage stellen», so Kley. Ausserdem sei der Entscheid von 2009, christliche Kreuze in Klassenzimmern öffentlicher Schulen zu verbieten, revidiert worden. «Nicht alles, was aus Strassburg kommt, ist göttlich», mahnte auch der stellvertretende Chefredakteur der Weltwoche, Philipp Gut, der sich als starker Befürworter der direkten Demokratie positionierte. Wolf Linder übte ebenfalls Kritik an der Machtposition der Justiz, die dem Volk, dem Parlament und der Regierung übergeordnet wird: «Ich finde es eine Ungeheuerlichkeit, dass das Bundesgericht Verfassungsnormen nicht anwendet, nur weil diese vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als menschenrechtswidrig eingestuft werden könnten.» Es werde zukünftig häufiger zu Kollisionen zwischen dem Volksbegehren und dem internationalen Recht kommen. «Die Frage ist nun, wie wir damit umgehen.»

Spannungsfeld Demokratie und Menschenrechte

Eine mögliche Lösung stellt gemäss Hans-Jürg Fehr der Vorschlag des Bundesrates dar, das Stimmvolk bei «heiklen» Initiativen wie der Minarett-Initiative vorgängig auf einen möglichen völkerrechtlichen Verstoss im Falle einer Annahme hinzu-

weisen. «Intellectuell gesehen ist eine vorgängige Prüfung von Initiativen sicher richtig, aber ich befürchte, dass die Bundesversammlung alles abklemmt, was ihr nicht passt – und zwar aus politischen Gründen und nicht aus rechtlichen», hielt Rechtsprofessor Kley dagegen. Er betonte auch, dass Menschenrechte und direkte Demokratie untrennbar miteinander verbunden seien: «Sie bedingen einander. Man kann sich nicht vorstellen, dass das Volk etwas gegen sich beschliesst – so viel Vernunft traut man ihm zu». Trotz der diskutierten Schwierigkeiten, welche aus dem Spannungsfeld zwischen direkter Demokratie und Menschenrechten hervorgeht, wird die Schweiz im Ausland um ihr Modell beneidet. Könnte die direkte Demokratie nicht auch in Deutschland eingeführt werden? «Es entspricht dem allgemeinen Volkswillen in der Schweiz, aber auch in den angrenzenden Nachbarregionen, möglichst viel politisch mitbestimmen zu dürfen», sagte Philipp Gut in Anlehnung an eine Umfrage der Weltwoche. Politologe Linder gab jedoch zu bedenken, dass direkte Demokratie nicht so einfach exportiert werden könne: «Diese muss jedes Land aufgrund seiner Bedingungen und Geschichte selbst einführen.»

Werte und deren Umsetzung

Die Frage, ob es in einem demokratisch verfassten Rechtsstaat überhaupt bedrohte Werte gibt, griff Moderator Rudolf Burger aus dem Publikum auf. «Woran das Herz der Menschen hängt, liegt nicht in der Macht des Staates. In dem Sinn also, dass wir alle dasselbe für wichtig halten, sind unsere Werte nicht bedroht», war Theologie-Professor Friedrich Wilhelm Graf überzeugt. Der Staat könne Werte wie Höflichkeit nicht erzwingen. Es sei Aufgabe der Gesellschaft, Tugenden, die im Hinblick auf die wachsende Pluralität an Bedeutung gewinnen, den Nachkommen mitzugeben. Hans-Jürg Fehr hingegen sah durchaus bedrohte Werte und führte die Gleichheit als Beispiel an. Diese sei heute noch nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt: «Einige Werte sind daher gefährdet. Sie sind zwar zum Recht geworden, aber in der Realität angekommen sind sie noch lange nicht.»

Anina Lauber, Forum für Universität und Gesellschaft (FUG)

Moderator Rudolf Burger leitete die angeregte Diskussion von Hans-Jürg Fehr, Friedrich Wilhelm Graf, Philipp Gut, Wolf Linder und Andreas Kley (v.l.).

